

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Oktober 2009

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Miriam Greif

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 12.-18.10.2009

I. Institutionelle Angelegenheiten

Druck auf tschechischen Präsidenten erhöht

Nach einem Gespräch mit dem tschechischen Premierminister Fischer am 13.10., erklärte Kommissionspräsident Barroso, dass bei einer fortgesetzten Weigerung von Staatspräsident Klaus, den Lissabon-Vertrag zu unterzeichnen, die Bestellung der neuen Kommission nach dem Nizza-Vertrag erfolgen müsse. Dies könne bedeuten, dass, wegen der dann erforderlichen Reduzierung der Zahl der Kommissionsmitglieder, Tschechien seinen Kommissar verlieren könne. Über die erneute Verfassungsbeschwerde tschechischer Senatoren gegen den Reformvertrag wird am 27.10. und damit kurz vor dem Europäischen Rat (29./30.10.) verhandelt
<http://www.euractiv.com/de/zukunft-eu/tschechen-knnten-ihren-kommissar-verlieren/article-186364>

EU-Kommission zeichnet positives Bild der Erweiterungsverhandlungen

In ihrem Fortschrittsbericht über die Kandidatenländer sieht die EU-Kommission die Verhandlungen mit **Kroatien** in der Endphase. Bisher seien 28 der 35 Verhandlungskapitel geöffnet und 12 vorläufig geschlossen worden. Probleme gebe es noch mit der Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz, der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sowie der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption. Auch mit der **Türkei** seien die Verhandlungen im Berichtszeitraum voran gekommen. 11 der 33 Verhandlungskapitel seien bisher geöffnet worden. Die Türkei erfülle die politischen Kriterien nach wie vor in ausreichendem Maße. Fortschritte habe es bei der Justizreform, der Kurdenfrage und dem Vorgehen gegen nationalistische Militärs gegeben. In den meisten Bereichen bedürfe es aber noch erheblicher Anstrengungen, insbesondere bei der Meinungs- und Religionsfreiheit. Im Falle der ehemaligen jugoslawischen Republik **Mazedonien** sei es nunmehr an der Zeit, die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/469&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/449&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

Annäherungsprozess der Westbalkanländer an EU uneinheitlich

In ihrem Fortschrittsbericht 2009 sieht die EU-Kommission positive Entwicklungen in Albanien, Montenegro und Serbien. **Albanien**, das im April 2009 die EU-Mitgliedschaft beantragt hat, muss vor allem die Rechtsstaatlichkeit weiter voran bringen. Für **Montenegro** plant die Kommission für Herbst 2010 eine Stellungnahme zu dem im Dezember 2008 eingereichten Antrag auf EU-

Mitgliedschaft. Die Kapazitäten der öffentlichen Verwaltung in **Serbien** zur Vorbereitung der EU-Integration seien ausreichend. Problematisch seien die mangelnde Anerkennung der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo und der Aufbau paralleler kosovarischer Strukturen durch Serbien. Im **Kosovo** habe die EU-Rechtstaatlichkeitsmission EULEX die Verantwortung in den Bereichen Polizei, Zoll und Justiz übernommen; bei der Schaffung einer funktionierenden Marktwirtschaft und bei der Angleichung an die europäischen Standards seien insgesamt nur geringe Fortschritte erzielt worden. Kaum Fortschritte gab es in **Bosnien und Herzegowina**, wo sich die einzelnen Volksgruppen noch nicht auf einen tragfähigen Staatsaufbau einigen konnten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/449&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/450&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Zusammenarbeit zwischen EU und UNO bei Kampf gegen Diskriminierung

Am 14.10. berieten Sachverständige in einem eintägigen Seminar über Wege zur „Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen EU und UN im Kampf gegen jegliche Form von Diskriminierung“. Das Seminar war eine gemeinsame Veranstaltung der Kommission und des Amts des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), Navi Pillay. Im Mittelpunkt standen Fragen wie die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der Medien und der Entscheidungsträger für die Thematik der Diskriminierung aufgrund der Rasse, des Geschlechts oder einer Behinderung. Die enge Zusammenarbeit von EU und OHCHR wurde untermauert mit der Eröffnung des neuen Regionalbüros in Brüssel, dem ersten in der EU.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1507&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/external_relations/human_rights/adp/index.htm

b) Außenhandel

Abschaffung von Visumpflicht und Handelsschranken für Kosovo

In ihrer Mitteilung „Kosovo – Verwirklichung der europäischen Perspektive“ schlägt die EU-Kommission vor, einen Prozesses einzuleiten, der zur Abschaffung der Visumpflicht für die Bürger des Kosovo führen soll, und mit der Vorbereitung eines umfassenden Handelsabkommens zu beginnen, sobald das Kosovo die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt. Nach Erweiterungskommissar Olli Rehn soll dem Kosovo gezeigt werden, dass die Annäherung an die EU nichts Abstraktes ist, sondern tatsächliche, greifbare Vorteile für alle mit sich bringt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1516&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Handelsbilanzdefizit der EU im August 12.1 Mrd. EUR, Eurozone 4 Mrd. EUR

Nach ersten Schätzungen ergab sich für die Eurozone (EZ16) im August 2009 ein Defizit von 4,0 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber -11,3 Mrd. im August 2008. Im Juli 2009 betrug der Saldo +12,3 Mrd. und im Juli 2008 -4,6 Mrd. Im August 2009 nahmen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Juli 2009 um 5,8% und die Einfuhren um 1,3% ab.

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im August 2009 ein Handelsbilanzdefizit von 12,1 Mrd. Euro auf, gegenüber -28,7 Mrd. im August 2008. Im Juli 2009 wurde ein Saldo von +0,6 Mrd. und im Juli 2008 von -23,4 Mrd. verbucht. Im August 2009 fielen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Juli 2009 um 4,2% und die Einfuhren um 1,4%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/147&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

EU führend im globalen Kampf gegen den Hunger

Der am 26.10. stattfindende Welternährungstag 2009 steht im Zeichen des aktiven Engagements der EU für die weltweite Verbesserung des Zugangs zu Nahrungsmitteln. Mit ihrer Zusage vom G8-Gipfel in L'Aquila, zusätzlich zu der mit 1 Mrd. EUR ausgestatteten Nahrungsmittelfazilität über 2 Milliarden EUR für den Kampf gegen den Hunger bereitzustellen, ist die EU weltweit der wichtigste Geber im Bereich der globalen Ernährungssicherheit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1524&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/europeaid/infopoint/conferences/2009/10-15_foodfacility_en.htm

http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/food-facility_en.htm http://ec.europa.eu/europeaid/what/food-security/index_en.htm

Zusätzliche humanitäre Hilfe für Afghanistan

Die Kommission hat 2 Mio. EUR humanitäre Hilfe für die Hochwasseropfer im Norden Afghanistans zur Verfügung gestellt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1518&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/echo/index_en.htm

Neue Website zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit

Die Europäische Kommission gab am 16.10. den Startschuss für die neue interaktive Website Capacity4dev.eu, die der Verbesserung der europäischen Entwicklungszusammenarbeit dienen soll. Diese Website bietet der gesamten Entwicklungsgemeinschaft ein Forum für den Austausch bewährter Praktiken hinsichtlich der Reform, die die Europäische Kommission im Bereich der Bereitstellung von Fachwissen durch Ausbildung, Forschung, Beratung oder technische Hilfe anstrebt. Durch diese Reform soll eine schnellere und bessere Abwicklung der Gemeinschaftshilfe erreicht werden. Die Einrichtung der neuen Webpräsenz erfolgt zum Internationalen Tag der Armutsbekämpfung am 17. Oktober.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1531&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

www.capacity4dev.eu

http://ec.europa.eu/europeaid/what/delivering-aid/aid-effectiveness/index_en.htm

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit

Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU

In einer Erklärung mit Blick auf den Internationalen Tag für die Beseitigung von Armut am 17. 10. bekräftigte Kommissar Vladimír Špidla das Engagement der Europäischen Kommission für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in der Europäischen Union und darüber hinaus. Dieses Thema stehe im Mittelpunkt der achten jährlichen Rundtischgespräche zu Armut und sozialer Ausgrenzung am 15./16.10. in Stockholm. Bei diesem Treffen, das die Europäische Kommission gemeinsam mit der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft organisiert, kämen nationale und europäische Entscheidungsträger, NRO, Gewerkschaften und von Armut Betroffene zusammen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1526&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=88&langId=de&eventsId=210&furtherEvents=yes>

Mehr Wirtschaftswachstum durch Gleichstellung von Frauen und Männern

Am Rande der Konferenz des EU-Vorsitzes zum Thema Geschlechtergleichstellung als Motor des Wirtschaftswachstums fand am 16.10. in Stockholm ein Treffen der für Geschlechtergleichstellung, Finanzen und Wirtschaft zuständigen Ministerinnen und Minister

statt. Vor dem Hintergrund der künftigen Ausgestaltung der EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung für die Zeit nach 2010 soll erörtert werden, welche Bedeutung der Gleichstellung von Frauen und Männern zukommt, um ein langfristiges, nachhaltiges Wachstum in der EU zu gewährleisten. Vladimír Špidla, EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit, wird die Kommission vertreten. Nach einer Studie sei durch mehr Gleichstellung eine Steigerung der BIP um 15 bis 45% möglich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1527&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/15/what_does_gender_equality_mean_for_economic_growth_and_employment

<http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=3971&langId=en>

Gemeinsamer Sozialgipfel von Kommission, Rat und Sozialpartnern

Am Rande des Europäischen Rates treffen sich am 29.10. in Brüssel die Staats- und Regierungschefs und Beschäftigungsminister der EU-Troika (Schweden, Spanien, Belgien), EU-Kommissionspräsident und EU-Beschäftigungskommissar sowie Vertreter der wichtigsten europäischen Sozialpartner.

http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/29/tripartite_social_summit

Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung

Eine zweitägige Konferenz gibt am 28.10. in Brüssel den Startschuss zum Europäischen Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Am ersten Tag findet ein Journalistenseminar zu sozialen Themen statt; auch ein Treffen mit EU-Beschäftigungskommissar Vladimír Špidla ist vorgesehen. Am zweiten Tag wird ein Spezial-Eurobarometer zum Thema Armut vorgestellt.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=637>

b) Gesundheit

Rat für klare Programmziele im Bereich öffentliche Gesundheit

In ihrer Stellungnahme zum Sonderbericht Nr. 2/2009 des Europäischen Rechnungshofs über das Programm der EU im Bereich der öffentlichen Gesundheit (2003-2007) griffen die EU-Gesundheitsminister am 12.10. die Empfehlungen des Hofes auf. Sie anerkannten den europäischen Mehrwert dieses Programms, plädierten aber dafür, klare Programmziele vorzugeben, die in einem angemessenen Verhältnis zu den verfügbaren Haushaltsmitteln stehen und dafür, erreichbare, sachgerechte und mit einem Datum versehene Ziele festzulegen. Es sollte eine begrenzte Anzahl jährlicher Prioritäten festgelegt werden, die sich auf strategische Themen und Maßnahmen mit europäischem Mehrwert konzentrieren müssen.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13737.de09.pdf>

Rat für Förderung von Präventionsprogrammen gegen Drogenkonsum

In Besorgnis über den Drogenkonsum insbesondere junger Menschen in der EU, sprachen sich die EU-Gesundheitsminister am 12.10. für einen Informationsaustausch über wirksame Maßnahmen aus, mit denen der Einstieg in den Drogenkonsum einschließlich des Mischkonsums verhindert oder hinausgezögert wird. Es sei dafür zu sorgen, dass eine Evaluierung neuer und innovativer Reaktionen erfolgt, einschließlich durch Wirksamkeitsstudien, bei denen Ergebnisse in kontrollierten Forschungsumgebungen nachgewiesen werden, sowie durch Effektivitätsstudien, bei denen Ergebnisse in der Bevölkerung nachgewiesen werden. Die Schulen sollten ein gesundheits- und integrationsförderndes Umfeld bieten, um die drogenbedingten Probleme junger Menschen zu verringern.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/09/st13/st13405.de09.pdf>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Schulmilchprogramm auf zusätzliche Erzeugnisse erstreckt

Die EU-Kommission hat den Mindestmilchgehalt für fermentierte und nicht fermentierte Produkte mit Früchten von 80% auf 75% herabgesetzt.

Drei neue geschützte Herkunftsbezeichnungen

Es handelt sich um das tschechische Bier "Březnický ležák" (IGP), die spanische Bohne "Faba de Lourenzà" (IGP) und die französische Teigware "Raviole du Dauphiné" (IGP).

http://ec.europa.eu/agriculture/quality/index_fr.htm

b) Landwirtschaft

Europäischer Rechnungshof kritisiert Liberalisierung des Milchmarkts

In einem Sonderbericht kommt der Hof zu dem Schluss, dass die Milchquoten die Produktion wirksam eingeschränkt hätten, jedoch im Vergleich zur Aufnahmefähigkeit des Marktes lange Zeit zu hoch gewesen seien. Es müsse verhindert werden, dass die Liberalisierung des Sektors zu einer neuen Überproduktion führe. Andernfalls könne sich das Ziel der Kommission, das Regulierungsniveau durch eine Art Sicherheitsnetz möglichst gering zu halten, schnell als unrealisierbar erweisen. Hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit stellt der Hof fest, dass der Anteil der EU am Welthandel mit Milcherzeugnissen seit 1984 schrumpft. Lediglich die Hersteller von Käse und anderen Erzeugnissen mit hohem Mehrwert könnten mit langfristigen Marktanteilen rechnen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten sollten sich daher vorrangig auf die Bedarfsdeckung des europäischen Binnenmarkts konzentrieren.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3120296.PDF> (PM ERh)

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3096296.PDF> (Sonderbericht)

Bußen für fünf Staaten, darunter Österreich, wegen Milchproduktion

Fünf Mitgliedstaaten (Österreich, Zypern, Italien, Luxemburg und die Niederlande) haben ihre Quote für Lieferungen überschritten. Insgesamt belaufen sich die Überschreitungen auf 348 400 Tonnen, was einen Abgabebetrag von 97 Mio. EUR ergibt. Italien hat seine Quote für Lieferungen um 1,5 % überschritten; in den Niederlanden betrug die Überschreitung 1,4 % und in Österreich 1,2 %. Für die Direktverkäufe an Verbraucher haben Italien und die Niederlande Überschreitungen in Höhe von insgesamt 7500 Tonnen gemeldet. Die entsprechende Abgabe beläuft sich auf 2,1 Mio. EUR. Insgesamt lag die EU-Milcherzeugung im Quotenjahr 2008/09 (April - März) 4,2 % unter der Referenzmenge.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1525&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Ausbruch von Vogelgrippe (H7) in Spanien

Die spanischen Behörden bestätigten einen Ausbruch in einer Farm mit 300.000 Hühnern in der Provinz Guadalajara in der autonomen Region Castilla-La Mancha.

http://ec.europa.eu/dgs/health_consumer/dyna/influenza/index.cfm

c) Fischerei

Kommissionsvorschlag für zulässige Gesamtfangmengen 2010

Die Kommission schlug am 16.10. neue Zahlen für die zulässigen Gesamtfangmengen (TAC) und den Fischereiaufwand bei Fischbeständen vor, die die Gemeinschaftsschiffe hauptsächlich im Atlantik und in der Nordsee befischen können. Der Vorschlag stützt sich auf wissenschaftliche Gutachten über die Mengen Fisch, die nachhaltig gefangen werden können. Die Kommission hat mit den Mitgliedstaaten und den Fischereisektoren auch Arbeitsmethoden erörtert und die

Kürzungen auf deren Rat hin in vielen Fällen auf höchstens 15 % gegenüber dem Vorjahr begrenzt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1538&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/fisheries/press_corner/press_releases/2009/com09_54_en.htm

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/458&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Prioritäten für Integrierte Meerespolitik der EU für die nächste Kommission

Die Europäische Kommission hat am 15.10. einen Fortschrittsbericht vorgelegt, in dem sie zusammenfasst, was die Integrierte Meerespolitik der EU (IMP) in den vergangenen zwei Jahren erreicht hat und wie es weitergehen soll. Ebenfalls vorgelegt hat sie konkrete Vorschläge zu zwei wichtigen IMP-Bereichen: zur sektor- und länderübergreifenden Integration der Meeresüberwachung und zur internationalen Dimension der europäischen Meerespolitik.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1530&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/maritimeaffairs/subpage_mpa_en.html

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/455&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Deutsches Steuerrecht diskriminiert Immobilien im Ausland

Im Vorabentscheidungsverfahren auf Antrag des Finanzgerichts Baden-Württemberg entschied der Europäische Gerichtshof, dass die deutsche Regelung, wonach das Recht gebietsansässiger und unbeschränkt steuerpflichtiger natürlicher Personen, Verluste aus Vermietung und Verpachtung einer Immobilie im Verlustentstehungsjahr von der Besteuerungsgrundlage abzuziehen und bei der Ermittlung der Einkünfte aus einer Immobilie eine degressive Abschreibung anzusetzen, von der Voraussetzung abhängt, dass die Immobilie im Gebiet dieses Mitgliedstaats belegen ist, gegen die Grundsätze der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 56 EG) verstößt.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-35/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-35/08)

Deutschland wegen Softwareauftrag aus Baden-Württemberg verurteilt

Im Vertragsverletzungsverfahren wegen fehlender Ausschreibung eines Softwareauftrags durch Baden-Württemberg, entschied der Europäische Gerichtshof, dass die Bundesrepublik Deutschland dadurch gegen ihre Verpflichtungen aus der Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Lieferaufträge verstoßen hat, dass die Datenzentrale Baden-Württemberg einen öffentlichen Auftrag über die Lieferung einer Software zur Verwaltung der Kraftfahrzeugzulassung im Wege des Verhandlungsverfahrens ohne öffentliche Vergabebekanntmachung vergeben hat. Gegenstand der vorliegenden Klage war der Abschluss eines Vertrages zur Beschaffung einer Softwareanwendung zwischen der Datenzentrale Baden-Württemberg und der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB).

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> (Az. C-275/08 einfügen)

Mitgliedstaaten zurückhaltend bei Einheitlichem Euro-Zahlungsraum (SEPA)

Nach einer im Juli durchgeführten Erhebung der EU-Kommission sind die Mitgliedstaaten bei der Migration zu SEPA zurückgeblieben. Die meisten Mitgliedstaaten wollten sich auch noch nicht auf einen Endtermin für diese Migration festlegen, da die SEPA-Lastschriften gerade erst eingeführt würden und da die Vorteile von SEPA noch rein theoretischer Natur seien. In sechs Mitgliedstaaten, nämlich Schweden, Polen, Estland, Lettland, Slowakei und Griechenland werde

auch die Zahlungsdiensterichtlinie nicht rechtzeitig vor Einführung des SEPA-Lastschriftverfahrens am 02.11. umgesetzt. Notwendig sei eine besondere Struktur für das SEPA-Projekt, welche die verschiedenen Interessenträger etwa in einem SEPA-Rat zusammen bringe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/466&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

b) Wettbewerbsrecht

Beihilfe für Vorruhestandsregelung bei Olympic Catering genehmigt

Die Kommission hat entschieden, keine Einwände gegen die Pläne der griechischen Behörden zu erheben, einen Teil der Kosten der freiwilligen Vorruhestandsregelung zu übernehmen, die das Unternehmen Olympic Catering SA für einige seiner Mitarbeiter vorsieht. Die außergewöhnlichen Kosten entstünden dadurch, dass bestimmte Mitarbeiter im Rahmen einer entsprechenden Regelung freiwillig in den Vorruhestand treten. Das unkündbare Arbeitsverhältnis sowie Löhne und Gehälter dieser Beschäftigten seien ausgehandelt worden, als das Unternehmen noch in Staatsbesitz war, und seien somit nicht mit Marktbedingungen zu vergleichen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1509&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

Jährliche Inflationsrate der Eurozone auf -0,3% gesunken, in der EU auf 0,3%

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone lag im September 2009 bei -0,3%, gegenüber -0,2% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 3,6% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug im September 2009 0,0%.

Die jährliche Inflationsrate der EU lag im September 2009 bei 0,3 %, gegenüber 0,6% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 4,2% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug im September 2009 0,0 %.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/146&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Industrieproduktion im August gegenüber Juli gestiegen

Die saisonbereinigte Industrieproduktion ist im August 2009 gegenüber Juli 2009 in der Eurozone (EZ16) um 0,9% und in der EU27 um 0,6% gestiegen. Im Juli nahm die Produktion um 0,2% bzw. 0,3% zu. Im August 2009 fiel die Industrieproduktion in der Eurozone um 15,4% und in der EU27 um 13,5% gegenüber August 2008.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/09/145&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Machbarkeit der CCS-Technologie sondiert

Die Europäische Kommission und führende Politiker aus 22 Ländern gingen am 13.10. auf der dritten Ministertagung des Führungsforums für Kohlenstoffsequestrierung (CSLF) in London der Frage nach, wie sich die Vermarktung von Technologien zur CO₂-Abscheidung und – Speicherung (CCS-Technologien) am besten beschleunigen lässt.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1506&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

E.ON kann Kraftwerke und Strombezüge von Electrabel erwerben

Die Europäische Kommission hat das Vorhaben der deutschen E.ON AG genehmigt, von der belgischen Electrabel S.A./NV zwei Kraftwerke sowie Strombezüge (Anspruch auf Bereitstellung garantierter Strommengen) aus bestimmten Stromerzeugungskapazitäten in Belgien und den Niederlanden zu erwerben.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1511&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/competition/mergers/cases/index/m110.html#m_5519

c) Finanzen

Nachhaltigkeit öffentlicher Finanzen erfordert dringend Strukturreformen

In ihrer Mitteilung zu langfristig tragfähigen öffentlichen Finanzen weist die EU-Kommission darauf hin, dass bei unveränderter Politik die Schuldenquote in allen Mitgliedstaaten unaufhörlich steigen würde. Eine strukturell solide Haushaltslage wiesen nur die skandinavischen Staaten sowie Estland und Bulgarien auf. In Deutschland und Österreich dürften die alterungsbedingten Ausgaben nahe am EU-Durchschnitt oder darüber liegen, doch sei ihre budgetäre Ausgangsposition relativ solide, sofern die krisenbedingte Verschlechterung der öffentlichen Haushalte nicht strukturell werde. Die Rückführung der Schuldenquoten müsse in allen EU-Staaten über eine Kombination aus Haushaltskonsolidierung und Strukturreformen zur Stärkung des Wachstumspotenzials erreicht werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1510&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15996_de.pdf (Mitteilung)

http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/publication15998_en.pdf (Sustainability Report 2009)

EZB-Präsident Trichet gegen Glückspielmentalität in Banken

In seiner Rede auf dem „Wirtschaftstag 2009“ der deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken am 15.10. in Frankfurt warf der Präsident der Europäischen Zentralbank großen Teilen des Finanzsektors vor, in den Jahren vor der Krise anstatt die Realwirtschaft zu fördern, sich hemmungslosen Spekulationen und finanziellen Glücksspielen hingegeben zu haben. Eine Rückkehr des Finanzsektors zu seiner traditionellen Rolle erfordere vor allem eine Änderung der Mentalität. Darüber hinaus müsse die Finanzwirtschaft die Transparenz verbessern, das Liquiditäts- und Risikomanagement stärken und zu robusteren Geschäftsmodellen finden. Die Bürger würden die Übernahme exzessiver Risiken zulasten des Steuerzahlers nicht mehr hinnehmen. Die Finanzaufsicht werde stark intensiviert.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2009/html/sp091015.en.html>

VII. Justiz und Inneres

Zuständigkeit für grenzüberschreitende Erbfälle eindeutig geregelt

Nach dem Verordnungsvorschlag der EU-Kommission vom 14.10. bestimmen sich das anzuwendende Recht und die Zuständigkeit einer Behörde oder eines Gerichts grundsätzlich nach dem Recht des gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers. Der im Ausland wohnhafte Erblasser kann aber verfügen, dass auf den gesamten Nachlass das Recht seiner Staatsangehörigkeit anwendbar ist. Das Gericht am Ort des gewöhnlichen Aufenthalts des Erblassers kann auch die Sache an das Gericht des Staates verweisen, dessen Staatsangehörigkeit der Erblasser besitzt, wenn dieses Gericht die Sache besser beurteilen kann. Entscheidungen und Urkunden in einer Erbsache werden gegenseitig uneingeschränkt anerkannt. Außerdem wird ein europäisches Nachlasszeugnis eingeführt, mit dessen Hilfe

jemand ohne weitere Formalitäten seine Eigenschaft als Erbe oder Nachlassverwalter bzw. Testamentsvollstrecker nachweisen kann.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1508&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/commission_barroso/barrot/news/default_de.htm#20091014

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/447&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Keine Pflicht zur Gleichbehandlung von Aktionären bei Firmenkauf

Wie von Generalanwältin Trstenjak in ihren Schlussanträgen vorgeschlagen, entschied der Europäische Gerichtshof, dass es keinen allgemeinen Rechtsgrundsatz der Gleichbehandlung von Aktionären als spezifischen Ausdruck des allgemeinen Gleichheitssatzes gibt, der die Minderheitsaktionäre einer Gesellschaft im Fall der Übernahme der Kontrolle durch eine andere Gesellschaft derart schützt, dass sie zur Veräußerung ihrer Wertpapiere zu gleichen Bedingungen wie alle anderen Aktionäre berechtigt sind. Im Ausgangsfall hatten Minderheitsaktionäre der luxemburgischen RTL Group dagegen geklagt, dass Bertelsmann lediglich die Anteile der Groupe Bruxelles Lambert SA in Höhe von 30% mit einer Kontrollprämie erworben hatte.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-101/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-101/08)

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

Mitgliedstaaten zeigen Solidarität bei Reaktion auf Schweinegrippe

Beim Treffen der EU-Gesundheitsminister am 12.10. zeigten sich die Minister einig, dass in der EU und global die Zusammenarbeit gestärkt werden müsse, wobei aber die nationalen Zuständigkeiten für die Durchführung der Gesundheitspolitik zu wahren seien. Mitgliedstaaten ohne Lieferverträge über Impfstoffe solle der Zugang erleichtert werden. Die zunächst knappen Impfstoffe seien auf Risikogruppen wie chronisch Kranke, Schwangere und Gesundheitspersonal zu konzentrieren. Es sei aber auch Vorkehrungen gegen einen Ausfall wichtiger Dienste wie Verkehr, Energie und Telekommunikation, wegen einer möglichen Grippepandemie unter den darin Beschäftigten, zu treffen. Schließlich müsse das Gesundheitssystem der Entwicklungsländer gestärkt werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/lisa/110511.pdf (Council Health)

EU nähert sich Abkommen zum Transfer von Umwelttechnologie

Nach aktuellen Plänen von Verhandlungsführern der EU ist eine Einigung über die Unterstützung der kohlenstoffarmen Entwicklung in Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien in Sicht. Hierzu gehören etwa Technologien zur Windkraftherzeugung. Die Kontrolle über die Reduzierung der Treibhausgasemissionen würde einem UNO-Gremium obliegen. Die internationale Finanzierung würde sich nach den Fortschritten bei der Umsetzung richten.

<http://www.euractiv.com/de/klimawandel/eu-nahert-abkommen-klimawandel/article-186474>

b) Verkehr

Raumkomponente der Globalen Umwelt- und Sicherheitsüberwachung

Die EU-Kommission plant für die nächsten Wochen neue Leitlinien für das Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachungssystem (GMES). Durch Satellitenüberwachung soll ein Beitrag zur Beobachtung des Klimawandels geleistet werden. Dieses Projekt ist eine weitere Komponente

des Weltraumprogramms der EU, neben dem Satellitennavigationsprogramm Galileo und dem Ortungssystem EGNOS.

<http://www.euractiv.com/de/verkehr/europa-versucht-raumfahrtspolitik-aufzuwarten/article-186456>

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Konsultation zu Chancen und Herausforderungen des digitalen Kinos

Die Kommission startete am 16.10. eine zwei Monate laufende öffentliche Konsultation der Fachkräfte des audiovisuellen Sektors in der EU zu der Frage, wie die Chancen der „digitalen Revolution“ im EU-Filmsektor am besten ergriffen werden können. Das digitale Kino könne den Filmvertrieb deutlich billiger und flexibler machen und dadurch die Verbreitung des europäischen Films erleichtern. Die „Digitalisierung“ erfordere jedoch große Investitionen. Ein Drittel der europäischen Kinos könnte wegen der hohen Kosten der digitalen Anlagen dabei von der Schließung bedroht werden, wenn nicht unverzüglich neue Geschäftsmodelle und öffentliche Förderprogramme geschaffen werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>

http://ec.europa.eu/information_society/media/overview/consultations/index_en.htm

Beschluss über das Programm MEDIA 2007 :

http://ec.europa.eu/information_society/media/overview/2007/

Die digitale Bibliothek des EU Bookshops geht ans Netz

Über 110 000 EU-Veröffentlichungen mit insgesamt 12 Millionen Seiten wurden gescannt und können jetzt aus der digitalen Bibliothek des EU Bookshops kostenlos heruntergeladen werden. Dieser Dienst, der am 16.10. auf der Frankfurter Buchmesse vorgestellt wurde, bietet der Öffentlichkeit Zugriff auf alle Titel, die seit 1952 vom Amt für Veröffentlichungen im Namen der Institutionen, Agenturen und sonstigen Einrichtungen der EU herausgegeben wurden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1529&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://www.bookshop.europa.eu/eubookshop/index.action?request_locale=DE

http://publications.europa.eu/index_de.htm

X: Bildung, Forschung, Kultur

Ziele bei Exzellenznetzen und integrierten Projekten verfehlt

In einem Sonderbericht zu den durch das 6. Forschungsrahmenprogramm eingeführten neuen Instrumenten, und zwar Exzellenznetzen und integrierten Projekten, gelangte der Europäische Rechnungshof zu der Feststellung, dass die spezifischen Ziele der neuen Instrumente nur teilweise erreicht wurden. Im Rahmen der Exzellenznetze seien selten eine schrittweise Bündelung der Forschungstätigkeiten der Netzwerkpartner sowie die Schaffung selbsttragender Strukturen gelungen. Bei den integrierten Projekten seien keine höheren Beteiligungen der einzelnen Partner erzielt und auch keine zusätzlichen öffentlichen oder privaten Finanzierungsquellen erschlossen worden. Das Ziel, 15 % der Gesamtmittel für die thematischen Prioritäten des RP6 zugunsten teilnehmender KMU aufzuwenden, sei nicht erreicht worden.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3090295.PDF>

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/3074295.PDF> (Sonderbericht)

Erster europäischer Innovationsgipfel

Dieses Treffen bot am 13./14.10. Organisationen die Gelegenheit, zu zeigen wie Europa zur Nr. 1 in der Innovationsbranche weltweit werden kann. Organisiert wurde der Gipfel von der Plattform Knowledge4Innovation (K4I)/Lisbon Forum in Partnerschaft mit dem Europäischen Jahr der Kreativität und Innovation 2009.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1504&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
www.knowledge4innovation.eu
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/09/465&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>: (Rede Potočnik)

Kulturelle Vielfalt als Grundlage für Kreativität und Innovation?

Die sechste Brüsseler Debatte im Rahmen des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation, die am 15.10. statt fand, widmete sich der Frage, ob die kulturelle Vielfalt als Grundlage für Kreativität und Innovation dienen kann. Die Veranstaltung zum Thema „Kulturelle Vielfalt: Stimulation für Kreativität?“ wurde gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem European Policy Centre (EPC) ausgerichtet. Sie begann mit einer Eröffnungsrede von Maroš Šefčovič, dem neuen EU-Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1528&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://www.create2009.europa.eu>

Neuer Bericht zum Stand der Kunsterziehung in der EU

Die Kommission hat am 14.10. eine Studie vorgelegt, die ein detailliertes Bild der Kunsterziehung und deren Organisation sowie des Angebots an außerschulischen Aktivitäten und Initiativen zur Entwicklung derartiger Bildungsmöglichkeiten in der Schule vermittelt. Der Bericht enthält auch Informationen über die Notengebung und die Ausbildung von Lehrkräften im Kunstbereich.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1517&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://eacea.ec.europa.eu/education/eurydice/documents/thematic_reports/113EN.pdf
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/448&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

XI: Sonstiges

Binnenmarktpreis für Portugiesin in Frankreich

Am 14.10. hatten der schwedische Ratsvorsitz und die Kommission zum ersten Mal den Binnenmarkt-Preis gemeinsam verliehen. Der Preis, der die Bedeutung der Grundsätze des freien Verkehrs im EU-Binnenmarkt hervorhebt, ging an Aurora de Freitas aus Portugal. Frau de Freitas hat sich seit 2004 bei französischen Verwaltungen dafür eingesetzt, dass die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für portugiesische Bürger in Frankreich erleichtert wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1522&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/451&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Neue Räumlichkeiten von Kommission und Parlament im Herzen von Wien

Ein neues Gebäude für die Europäische Kommission und das Europäische Parlament wurde am 16.10. in Wien eingeweiht. José Manuel Barroso, der Präsident der EU-Kommission, hat das eben fertig gestellte Haus der Europäischen Union und den neu eingerichteten europäischen öffentlichen Raum („European Public Space“) gemeinsam mit Jerzy Buzek, dem Präsidenten des Europäischen Parlaments, eröffnet. Bundespräsident Heinz Fischer, Vizekanzler und Finanzminister Josef Pröll, Außen- und Europaminister Michael Spindelegger und die für Außenbeziehungen und die europäische Nachbarschaftspolitik zuständige EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner haben ebenfalls an der Eröffnung teilnehmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/1532&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=fr>